

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Nies. Geneser Nr. 22.

Das Nieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Nies, des Finanzamts Nies und des Hauptzollamts Meisen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Grotzstraße Nies Nr. 22.

Nr. 151.

Dienstag, 1. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Nieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemittelte 20 Pfennige; für die übrigen 15 Pfennige; die 89 mm breite Mellemenge 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Tafeln 50%, Aufschlag. Keine Tarife. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Nies. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Nies; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Nies.

Die Generalinspektion.

„So mag es bei der Farce bleiben!“ laut Faulst, als Meppillo seine Unterschrift in Blut verlannt. In ähnlicher Stimmung befindet sich das deutsche Volk gegenüber der „mirklich allerleuten“ Generalinspektion durch den interalliierten Militärkontrollsausschuss. Auch die ist eine Farce. Das wissen nicht nur wir, das wissen ebenso die leitenden Köpfe der Gegenseite. Unsere Reichswehr hat keine neue Kanone, hat nicht so viel Munition, wie ihr nach dem Versailler Diktat aufsteht. Die Turn-, Sport- und Jugendverbände sind unbewaffnet — vor Hindbäckchen werden sich ja hoffentlich die Panzerwagenführer nicht fürchten — und die „Bewaffnung“ der radikalpolitischen Organisationen besteht nach einem Wort Dr. Stresemanns hauptsächlich in Fahnen und Abzeichen. Jedermann weiß also, das diese Generalinspektion eine überflüssige Belastigung und Kränkung der Deutschen ist. Aber wie die Dinge sich entwickelt haben, wissen wir, das eine Weigerung Deutschlands, die rechtswidrige allerleuten Militärkontrolle zuzulassen, in der ganzen Welt als ein Zeichen unseres schlechten Gewissens ausgelegt werden würde und das dann jede Aussicht auf eine Einigung über das Sachverständigen-Gutachten, auf Räumung des Ruhrgebietes und auf Gewährung internationaler Kredite an Deutschland ins Wasser fiel.

Das ist die furchtbare Zwistmühle, in der wir sitzen. Die Kontrolle ist ein für Gerriot und Macdonald unentbehrliches Glied einer Kette, mit der sie die Gewaltpolitiker in ihren eigenen Ländern festeln wollen. Wenn gerade der englische Premier so großen Wert darauf legt, dann hat er wohl mehr die französische Abstraktion als die deutsche im Auge; und wer mit ihm sich der Hoffnung hingibt, das nach der neuesten Feststellung der deutschen Waffenlosigkeit auch die Einschränkung des französischen Militarismus unumgänglich sein werde, der mag darin einen Trost finden für die angeleglich lechte Vergewaltigung Deutschlands. Eine solche bleibt die rechtswidrige Generalinspektion unter allen Umständen, auch wenn Gerriot und Macdonald noch so lebenswichtige Worte dafür gefunden haben und die Reichsregierung in demselben Ton geantwortet hat. Etwas anderes blieb ihr ja kaum übrig, und man kann auch sagen, das die deutsche Note trotz dieser Höflichkeit deutlich genug ist in den Hinweisen auf die erregte Volkstimmung und deren Ursachen. Wollig verworren darf das — an sich aus allen schmerzliche — Entgegenkommen der Regierung nur der, dessen Glauben an die mala Fides der Gegenseite unerschütterlich ist und dessen Entschluss feststeht, für alle Konsequenzen eines weiteren Kriegszustandes die Verantwortung zu tragen. Wer aber nicht vor der Welt den Schein einer neuen deutschen Kriegsschuld auf sich nehmen will, der darf jetzt auch nicht vorgeben sagen: es ist alles nur Dummheit. Nein, wir fordern von den Gegnern, das sie ihr Versprechen halten, und von der Reichsregierung, das sie die deutschen Rechte wahrnimmt; freilich lassen wir uns nicht einlassen durch die Hoffnungen auf die „neue Aera“, sondern bleiben auf alle Eventualitäten gefasst. Schlägt die Rechnung der Optimisten fehl, kommt es nicht zur allseitigen Annahme des Dawes-Berichtes ohne Vorbehalte, nicht zur Räumung aller vertragswidrig besetzten Gebiete; dann dürften die „Generalinspektoren“, ebenso schnell von der deutschen Wildfläche verschwinden, wie das im Januar 1923 geschah.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Berlin, 1. Juli. Die alliierten Regierungen haben das Reichskabinett wissen lassen, das die Aufnahme der Generalinspektion in kürzester Frist erfolgen werde. Mitte Juli werde der neuernannte Vorsitzende der interalliierten Generalinspektion in Berlin eintreffen, um seine Tätigkeit aufzunehmen. Er werde die entsprechenden Instruktionen erhalten, um mit der deutschen Regierung die Einzelheiten über die Form der Kontrolle zu verhandeln. Was die Dauer der Kontrolltätigkeit betrifft, so wurde von alliierten Seite darauf hingewiesen, das ein endgültiger Termin noch vereinbart werden müsse. Es dürfte aber zutreffen, das zunächst drei Monate in Aussicht genommen sind. In der Hauptsache werde es sich darum handeln, das die Kontrolle ohne Verzögerung und ohne Meinungen vor sich gehe, da davon die Dauer im wesentlichen abhängig sein werde.

Beginnende Klärung der Außenpolitik.

Berlin, 1. Juli. Wie aus den Kreisen des auswärtigen Amtes verlautet, hat die französische Regierung nunmehr ihre Stellungnahme zu den Problemen der Wiederherstellung der deutschen Souveränität und einer späteren Räumung des Ruhrgebietes in einer Form bekanntgegeben, die der Reichsregierung es ermöglichen dürfte, ihre bisherige Politik zum Sachverständigengutachten fortzuführen. Die militärische Räumung soll allerdings erst nach der Wertung der deutschen Schuldverpflichtungen erfolgen. Dies ist aber immerhin ein Fortschritt, da eine solche Lösung in wenigen Jahren, möglicherweise schon nach einem Jahre herbeiführen wäre. Die Wiederherstellung der vollen deutschen Wirtschaftsfreiheit soll nunmehr eintreten, sobald die im Sachverständigengutachten vorgesehene Organe angelegt worden sind.

Paris über die deutsche Antwortnote.

Paris. Die deutsche Antwort auf die Note der Vorkontrollkommission vom 28. Mai wurde bekanntlich gestern nachmittags 12.30 Uhr vom Vorkontrollrat von Dölich am Quai d'Orsay übergeben. Sie wird Gegenstand einer Beratung der interalliierten Komites in Versailles sein und erst darauf von der Vorkontrollkommission wahrscheinlich in ihrer nächsten Sitzung zur Sprache gebracht werden. Die

Prüfung der Schriftstücke soll mit größter Eile betrieben werden. Die amtlichen Pariser Kreise legen sich in keiner Weise eine große Zurückhaltung auf, der verächtliche Charakter der Note wird indessen allgemein zugestanden und es berührt offenbar angenehm, das die Note keine der Vorbehalte enthält, die ihr Pariser Zeitartikler gestern früh vorzulegen ausgeschrieben haben. Als Fortschritt gegenüber früheren Dokumenten ähnlichen Inhalts wird angesehen, das die Reichsregierung sich beharrlich auf die öffentliche Meinung in Deutschland beruft. Was die Bitte der Reichsregierung anbelangt, auf den 30. September das Ende der Tätigkeit der Kontrollkommission festzusetzen, so steht man hier auf dem Standpunkt, das die Erfüllung dieser Bitte von dem Grade der Unterstützung abhängt, die die Reichsregierung der interalliierten Kommission bei der Wiederaufnahme der Kontrolle angeben lassen wird.

Die Auslandspresse und die deutsche Note.

London. (Funkpruch.) Die Presse veröffentlicht die deutsche Antwortnote in der Frage der Militärkontrolle zum Teil im Wortlaut und bezeichnet sie als eine Annahme der alliierten Forderungen. Der verächtliche Ton der deutschen Antwort wird hervorgehoben und es wird allgemein darauf hingewiesen, das die von gewissen Pariser Blättern verbreiteten Gerüchte über den ablehnenden Inhalt der deutschen Note jeder Grundlage entbehren. Im Zusammenhang damit findet der getrigge Zustimmung Artikel des Pariser Temps Beachtung.

London. (Funkpruch.) Der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, die von Seiten Berlins erfolgten Veröffentlichungen hätten keine der heißesten Vorbehalte enthält. Der Pariser Berichterstatter der Morning Post schreibt, der verächtliche Ton der deutschen Note habe die Pariser Presse überfallen. Der Pariser Berichterstatter des Daily Chronicle hebt die günstige Aufnahme der deutschen Note in Paris hervor. Die deutsche Annahme einer allgemeinen Untersuchung durch die interalliierte Militärkontrollkommission habe Heberregung und Verwirrung verursacht.

Paris. (Funkpruch.) Die deutsche Note in der Entlassungsfrage wird von der Morgenpresse besprochen. Matin schreibt, das Reich verlange die Versicherung, das die Inspektion am 30. September zu Ende gehe. Wie es heißt, würde man diese nicht geben können, wenn diese als letzte Inventur gelte. Denn wenn die Alliierten die Militärkontrolle dem Völkerbund anvertrauen wollten, so müßte die Untersuchung vollkommen sein und kein Punkt dürfte dann im Dunkeln bleiben. Der Nouvelle schreibt, die deutsche These gebe Frankreich bei der Fortsetzung seiner Entspannungspolitik noch keine erstliche Grundlage. Berlin nehme aber die Bedingungen, die in der Note gestellt worden seien, an, und das sei das Wesentliche.

Paris. (Funkpruch.) Zeit Journal sagt, es sei unmöglich, alle Behauptungen in dieser Note ruhig hinzunehmen. Die deutsche Antwortnote sei in der Frage der interalliierten Militärkontrolle fast unverständlich und mit Fingergeln versehen.

Um die Wehrheit für das Sachverständigengutachten.

Berlin, 1. Juli. Im Reichskabinett befindet sich die Meinung, ein juristisches Gutachten einzufordern, wonach die Forderung zur Durchführung des Sachverständigengutachtens nicht verfassungsändernd wären und deshalb nur einer einfachen Mehrheit für die Annahme im Reichstag bedürften. Aus demokratischen Kreisen ist jetzt gegen diesen Plan bestiger Widerspruch erhoben worden, und die demokratischen Minister vertreten den Standpunkt, das man der Opposition nicht die Möglichkeit bieten solle, einer klaren Entscheidung auszuweichen, sondern das man an der Forderung einer zweidrittel Mehrheit für die Annahme festhalten würde. In Zentrumskreisen vermag man sich mit dieser Auffassung vorläufig nicht zu befreunden, weil man jede Hinanschiebung der Annahme für verhängnisvoll hält und davon ein unerträgliches Anzeichen der wirtschaftlichen Notlage, besonders im besetzten Gebiete, befürchtet. Man glaubt in Zentrumskreisen deshalb, vorläufig die Reichstagsauflösung nur als letztes Mittel gegenüber der Opposition in der Hand behalten zu müssen. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei sind die Meinungen bisher geteilt, und eine entscheidende Ausrufung ist erst in den nächsten Tagen zu erwarten.

Das Wicium-Abkommen verlängert.

Köln. (Funkpruch.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Düsseldorf: Die Verhandlung zwischen der Sachverständigenkommission und der Wicium führten heute Nacht 11/2 Uhr zu folgender Vereinbarung: Das Abkommen gilt vom 1. Juli bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Gutachtens, es kann jedoch beiderseits mit jedem Monatsanfang mit einer Frist von 10 Tagen gekündigt werden. Die Bestimmungen des heutigen Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgender Aenderung:

- a) Die laufende Kohlensteuer wird auf 75 Pfennige festgelegt.
- b) Die Ein- und Ausfuhrabgaben (Verkehr mit dem Ausland) sowie die Zu- und Abfuhrabgaben zwischen dem unbesetzten Gebiet, der Konzone und Bächen, werden auf die Hälfte herabgesetzt.
- c) Die Verbrauchsabgabe für Lebensprodukte wird auf 1% ermäßigt. Die Lieferung von Lebensprodukten werden auf folgende Aenderungsweise der Derhebung festgesetzt: auf 5% für Benzol wie bisher,

auf 6% für Wech, die bisher 10%, betrug, auf 8% für schwefelhaltiges Ammoniak und die übrigen Lebensprodukte auf 8%.

Die unter a bis c angeführten Ermäßigungen erhalten rückwirkend Kraft vom 15. Juni an. Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 7. Juni einschli. werden die für die Reparationen zu liefernde Brennstoffmenge auf 27% in diesem Zeitraum ermäßigt. Vor Unterzeichnung der vorstehenden Abkommen hat die Sachverständigenkommission ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, das die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängig, sie werde in den nächsten Tagen mit der Regierung verhandeln.

Berlin. Die gestern fortgeführten Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Wicium lassen leider erkennen, das diese nur in sekundären Fragen zur Nachgiebigkeit geneigt ist. Sie verlangt im übrigen, die unannehme Last der Wiciumverträge für unbekanntes Zeit der deutschen Ruhrindustrie unannehmlich weiter aufzubürden. Die Kohlenminen sollen in vollem Umfang geliefert werden. Die Wicium stellt sich nur geneigt, die Kohlensteuer um etwas herabzusetzen. Diese Nachgiebigkeit ist aber praktisch vollkommen bedeutungslos, weil die Kohlenbergwerke der Ruhr noch 15 Millionen Dollar Kohlensteuer schulden. Auch in allen anderen Punkten besteht die Wicium auf voller Leistung. Das gilt namentlich für Benzol und andere Kohlenprodukte. Die Belastung des Kohlenbergbaues wird aufrechterhalten.

Die Franzosen bestimmen weiter.

München. Die französische Delegationsbehörde verlangt von den Hotels und Zimmervermietern die Einreichung von Verzeichnissen der abgelegenen Reisenden usw. Frankfurt a. M. Wie die Frankfurter Zeitung aus Wiesbaden meldet, gab bei Beratung eines Antrages zur Steuererhöhung der Wohnungsmieten ein Magistratsmitglied in der letzten Stadtratsordnungsversammlung bekannt, das die französische Delegationsbehörde wiederum 100 Wohnungen angefordert hat. Das Blatt meint, anlässlich der Rückkehr der Ausgewiesenen sei diese Forderung eine neue Funktion, die die genehmigte Rückkehr für die meisten Ausgewiesenen wohl illusorisch machen dürfte.

Das neue bayrische Kabinett.

München. Das neue bayrische Kabinett wird sich aller Voraussicht nach wie folgt zusammensetzen: Präsidium und Neuherr: Dr. Held, Inneres: Dr. Stuebel, Kultus: Dr. Matt, Finanzen: Dr. Krausner, Justiz: Dr. Gärtnner, Handel: von Meinel, soziale Angelegenheiten: Löwald, Landwirtschaft: Dr. Febr. Wie verlautet, hat der Ministerialdirektor Dr. Stuebel nunmehr entöltia seine Zulage zur Übernahme des Innenministeriums gegeben. Damit ist die Bildung der neuen bayrischen Regierung so gut wie beendet. Von deutsch-nationaler Seite ist ursprünglich angesetzt worden, das Ministerium des Innern den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. von Knilling zu übertragen. Dr. Held hat sich bereit gehalten, auf diese Anregung hin an Herrn Dr. von Knilling heranzutreten, dieser hat jedoch abgelehnt. Das Sozialministerium bleibt wie bisher besetzt. Der neue Innenminister Dr. Stuebel ist geboren am 22. Mai 1872 in Speyer am Rhein, absolvierte das Gymnasium und studierte an den Universitäten München, Berlin, Heidelberg und Erlangen Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, kam dann in den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst und war zuletzt als Ministerialdirektor in der Abteilung Wohnungs-wesen beim Sozialministerium tätig.

Zur Reform des Beamtenrechts.

Berlin, 1. Juli. Der Deutsche Beamtenbund hat in der vorigen Woche dem Kabinett den Entwurf einer Gesetzesvorlage übermittelt, worin das Deutsche Beamtenrecht einer gründlichen Reform unterzogen und den Anforderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßt ist. Um eine allzulange Hinanschiebung der Behandlung dieser Fragen zu verhindern, hat sich die Deutsche demokratische Partei die Forderungen der Beamten zu eigen gemacht und wird bereits in dieser Woche einen Initiativantrag einbringen, der die schleunige Inangriffnahme der Reform des Beamtenrechts fordert, unter Zugrundelegung der Richtlinien, die im Entwurf des Deutschen Beamtenbundes niedergelegt sind. Es kann als sicher gelten, das sich die Mehrzahl der Parteien auf den Boden der Beamtenforderungen stellen und im großen und ganzen den Forderungen der Beamtenvereinigung nicht verlagen wird. Man will die Regierung drängen, die Arbeit in den zuständigen Ressorts möglichst zu beschleunigen, um spätestens zu Beginn der Herbsttagung des Reichstages mit einer Vorlage vor das Parlament zu treten.

Kommunistischer Streikterror.

Dillingen. Infolge kommunistischer Treibereien befinden sich auf der Dillinger Höhe 7000 Arbeiter und der größte Teil der Angestellten im Auslande. Der von den Kommunisten ausgeübte Terror ist so hart, das die Arbeitswilligen sich ihm nicht widersetzen können. Infolge Stilllegung des Elektrizitätswerkes erlitt zunächst auch die Strom- und Wasserversorgung Dillingens eine Unterbrechung. Nach Einlegung der Techniken Vorhilfe konnte jedoch die Strom- und Wasserversorgung wieder aufgenommen werden. Die Direktion teilt durch Anschlag mit, das diejenigen Arbeiter, die die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen, fristlos entlassen werden. Jeder eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen will die Direktion verhandeln.